

Recht und Versicherung

Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
A-1010 Wien

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen: ReiK/HIA/LGERSN/
Telefon: 05/9000-3551
Fax: 05/9000-53551
Ort/Datum: Linz, 13.11.2014

Stellungnahme zur SNE-VO 2012-Novelle 2015 und zur GSNE-VO 2013-Novelle 2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns im Namen und im Auftrag der Energie AG Oberösterreich und ihrer Konzerngesellschaften, insbesondere der Energie AG Oberösterreich Kraftwerke GmbH und der Energie AG Oberösterreich Trading GmbH in ihrer Funktion als kommerzieller Bilanzgruppenverantwortlicher und Gas-händler, für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den oben angeführten Begutachtungsentwürfen.

Zur SNE-VO 2012-Novelle 2015:

Zu Punkt 7. „§ 8 lautet:“

Der Entwurf zur Novelle 2015 bringt eine erhebliche Erhöhung des Systemdienstleistungsentgeltes auf EUR 2,51/MWh (+54 %).

Die Absenkung der Netzverlustentgelte für Stromeinspeisung (siehe Punkt 6. „§ 6 Z 1 bis 15 lauten:“) in der Größenordnung von rund 20 % dämpft zwar den Anstieg der Kostenbelastung. Insgesamt steigen die Kosten für Systemdienstleistungsentgelt, Netzverlustentgelt sowie Abgabe für Primärenergie (welche nicht Gegenstand der Systemnutzungsentgeltverordnung ist – rund EUR 0,3/MWh) um rund 35 %. Die Gesamtbelastung für Stromerzeuger über 5 MW erreicht, abhängig vom jeweiligen Netz, ein Ausmaß von EUR 3,0/MWh bis EUR 3,3/MWh. Bezogen auf das gegenwärtige Marktpreisniveau (Terminmarkt rund EUR 34,0/MWh) entspricht dies einer Mehrbelastung der Erzeugung im Ausmaß von rund 10 %.

Durch die geplante Novelle verschärft sich der Wettbewerbsnachteil österreichischer Stromerzeuger gegenüber ausländischen Kraftwerksbetreibern im relevanten Stromhandelsmarkt (EXAA, EEX, EPEX), aber auch hinsichtlich der Bereitstellung von Regel- und Ausgleichsenergie in den Netzen Deutschlands und der Schweiz. Die in Österreich für Kraftwerke erzeugungsseitig geltenden Entgeltbestimmungen für Systemnutzung (Systemdienstleistung, Netzverluste und auch Primärregelung) haben ein Ausmaß erreicht, die eine erhebliche, nicht übersehbare Wettbewerbsverzerrung gegenüber ausländischen Marktteilnehmern mit sich bringen.

Es sind daher die in Österreich für Kraftwerke erzeugungsseitig geltenden Grundsätze für Entgeltbestimmungen bezüglich der Systemnutzung (Systemdienstleistung, Netzverluste und auch Primärregelung) wegen Unverhältnismäßigkeit strikt abzulehnen.

Abzulehnen ist im Besonderen auch die im Entwurf der gegenständlichen Novelle 2015 geplante Erhöhung des Systemdienstleistungsentgeltes.

Die Ablehnung kann im Detail wie folgt begründet werden:

- Die Höhe des Systemdienstleistungsentgeltes von EUR 2,51/MWh bringt für sich allein schon eine Mehrbelastung für Stromerzeuger in Österreich gegenüber dem für österreichische Stromerzeuger relevanten Strommärkten (wie etwa Termin- und Spothandelsmärkten, aber auch Regel- und Ausgleichsenergiemärkten). Kraftwerke, die in Österreich betrieben werden, erleiden damit erhebliche Wettbewerbsnachteile gegenüber ausländischen Kraftwerksanlagen.
- Verstärkt werden die Wettbewerbsnachteile durch weitere systemrelevante Kostenbelastungen, wie Netzverlustentgelt und Primärregelung (nicht betroffen von der gegenständlichen Novelle 2015).
- Mit der geltenden bzw. geplanten Regelung der Systemnutzungsentgelte werden Kosten auf alle Kraftwerke über 5 MW gleichverteilt (einheitlicher Preis für unterschiedliche Kraftwerkstypen). In den Erläuterungen zu § 8 ist festgestellt, dass damit Aufwendungen für den Ausgleich von Lastschwankungen durch Sekundärregelung, aber auch für Ausgleichsenergie abgegolten werden.

Wie die E-Control wiederholt seit vielen Jahren festgestellt hat, gibt es erhebliche Differenzen bei den Aufwendungen für Ausgleichsenergie zwischen Windenergieanlagen und sonstigen Stromerzeugungsanlagen. Dies zeigt sich bei der sogenannten Marktpreisvergütung für Ökostromanlagen wo der Aufwand für Ausgleichsmaßnahmen bei Windenergieanlagen rund 4 Mal so hoch ist wie bei anderen Stromerzeugungsanlagen!

Durch die Einheitspreise bei systemrelevanten Entgelten werden Kraftwerke belastet, die bekanntermaßen geringe systemrelevante Zusatzkosten verursachen aber eine wesentliche Bedeutung für die Versorgungssicherheit haben. Dazu zählen vor allem regelfähige Wasser- und Wärmekraftwerke mit planbarem Einsatzvermögen.

Die Sozialisierung dieser Aufwendungen auf systemrelevante Kraftwerke widerspricht daher in hohem Ausmaß dem Grundsatz der Verursachungsgerechtigkeit.

- Die Belastung von Stromerzeugungsanlagen, denen Ökostromförderung zuerkannt wurde, durch zusätzliche Systementgelte schmälert den vom Gesetz her festgelegten Förderanspruch.

Dies widerspricht den geltenden Förderbestimmungen, die auf der Basis von Fördertarifen ein Mindestmaß an Erlösen den Ökostrombetreibern gesetzlich zuerkannt haben.

- Dem Grundprinzip der Verursachungsgerechtigkeit für systemrelevante Dienstleistungen entsprechend der gegenständlichen Verordnung, wird viel besser entsprochen, wenn dies aus dem Blickwinkel der Kundenbedürfnisse, also der Nachfrage nach elektrischer Energie, eingeschätzt wird. Insbesondere durch den gesunkenen Eigenerzeugungsgrad in der österreichischen Stromversorgung werden die Kosten für Systementgelte auf eine immer geringer werdende Erzeugungsmenge umgelegt, während ausländische Lieferanten, welche österreichische Abnehmer beliefern, keine Kosten für Systemnutzungstarife zu leisten haben.

Zur GSNE-VO 2015:

Zu § 10 Abs. 6a:

Um unter Berücksichtigung aller Effekte eine ausreichende Flexibilisierung und Verfügbarhaltung von Gaskraftwerken zu ermöglichen, ist eine Absenkung der in der Novelle angegebenen täglichen Mindestkosten erforderlich. Es ist sicherzustellen, dass auch bei Inanspruchnahme der Option täglicher Leistungspreise die Kostenbelastung bei Stillstand der Anlagen gegenüber der Monatsvariante nicht steigt. Diese vorgeschlagene Änderung würde gegenüber der bestehenden Regelung eine erhöhte Verfügbarkeit der in Österreich notwendigen thermischen Erzeugungskapazitäten ermöglichen.

Zu § 12 Abs. 2:

Das Netznutzungsentgelt für die Ausspeisung aus dem Verteilernetz in Speichieranlagen soll von 0,33 auf 0,49 EUR/kWh/h/Jahr, also um 48,5% erhöht werden und wird dies mit Investi-

tionen in die „Westschiene“ begründet. **Dies sehen wir als Bestrafung der Unternehmen, die sich um Versorgungssicherheit kümmern, die Gasnetze in „Peak“ Zeiten stützen und dafür in Gasspeicher investiert haben!**

Gasspeicher entlasten das Netz, da in der Regel die Befüllung der Speicher „Off-Peak“ im Sommer und die Ausspeicherung zu „Peak“ Zeiten im Winter erfolgt. Falls das in wenigen Fällen anders sein sollte und das Netz bzw. die Druckniveaus technische Grenzen erfahren, werden unsere Fahrplananmeldungen vom Netz- bzw. Speicherbetreiber „Within Day“ zurückgewiesen und der gesicherte Netzbetrieb ist gewährleistet. Daher stützen die Gasspeicher das Netz und hätte das Gasnetz im österreichischen Marktgebiet Ost ohne Gasspeicher größer ausgebaut werden müssen. Im Übrigen sind die in Österreich für die Gasspeicher zu buchenden Exit Jahrestarife aus dem Netz unabhängig von dessen unterjähriger Nutzung, damit erzielen die Netzbetreiber ohne Risiko den Maximalerlös und müssen auch nicht befürchten, dass die Exit Kapazitäten nicht mehr bezahlt werden: Der Speicherbetreiber kann diese Exit-Verteilernetz-Kapazitäten nur dann zurückgeben, wenn die Netzbetreiber diese anderweitig vermarkten können. Das heißt, das gesamte kommerzielle Risiko liegt bei den Speicherbetreibern bzw. deren Kunden / Speichernutzern bzw. Investoren.

Aus diesen Gründen ersuchen wir dringend um Rücknahme dieser Erhöhung und Streichung dieser Änderung bzgl. § 12 Abs. 2 in der gegenständlichen Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 – Novelle 2015 Punkt 8.

Abschließend bedanken wir uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme und ersuchen Sie um Berücksichtigung der von uns aufgezeigten Punkte bei der endgültigen Erlassung der beiden Verordnungen.

Freundliche Grüße

**Energie AG Oberösterreich
Business Services GmbH**



ppa. Dr. Franz Kepplinger



Mag. Alfred Hieslmayr